

Jungbusch: Politiker halten sich bei der Initiative "Rettet die Teufelsbrücke" bedeckt

Tauziehen um die Teufelsbrücke

Von unserem Redaktionsmitglied Anke Philipp

Zwei Stunden teils hitzige Debatte, Austausch von mehr oder weniger bekannten Argumenten, gegenseitige Vorwürfe: Am Ende plädierte lediglich CDU-Stadträtin Regina Trösch, wenn auch nicht im Namen ihrer Partei, klar für den Erhalt der denkmalgeschützten Teufelsbrücke im Jungbusch. Andere Politiker, die die Bürgerinitiative (BI) "Rettet die Teufelsbrücke" eingeladen hatte, um eindeutige Signale zu erhalten, bezogen zum Bedauern der Bewohner kaum Stellung.

Viele Fragen offen

Bekanntlich will die staatliche Hafengesellschaft HGM bis 2015 einen neuen Containerterminal errichten und Verkehrswege ausbauen. Die Teufelsbrücke soll dafür weichen. Gegen den von der HGM beantragten Brücken-Abriß haben Bürger eine Petition in Stuttgart eingereicht, die Grünen im Landtag eine Anfrage an die Regierung gerichtet. Zusammengetragen werden die Fakten bei der Stadt, die muss alles prüfen und wartet derzeit auf wasserrechtliche und denkmalrechtliche Stellungnahmen.

Abwarten wollen auch die Sozialdemokraten: Viele Fragen seien noch offen, Alternativen und Kompromissvorschläge nicht vorhanden, beklagten SPD-Landtagsabgeordnete Helen Heberer und Stadtrat Prof. Jörg Schmidt die unübersichtliche Lage - allerdings zum Unmut der 30 Bürger. Die waren ins Laborio 17 gekommen, um Aufmunterndes von ihren Volksvertretern im Landtag zu hören. Außer Heberer war indes niemand erschienen, ließen sich Klaus-Dieter Reichard (CDU) krankheitsbedingt und Uli Skerl (Grüne) entschuldigen. Und der Gemeinderat, so Schmidt, habe eh keine Entscheidung in der Sache zu treffen.

Stadt und Politik würden sich auf das rechtliche Verfahren zurückziehen statt zu planen, kritisierte BI-Sprecher Frank Maas und forderte den Oberbürgermeister auf, mit dem Land zu verhandeln. "Wenn sich alle zurücklehnen, ist das Ende absehbar", kritisierte er die passive Haltung: "Stadt und Gemeinderat müssen doch eine Meinung haben". Schließlich gehöre der Hafen zu Mannheim, habe die Stadt viel investiert am Verbindungskanal. Dazu gebe es die Westtangenten-Pläne. Maas: "Die Politiker haben es in der Hand, diese zu beschleunigen". "Wir erwarten, dass man sich im Rathaus klar äußert," betonten Bewohner und hoben die Einzigartigkeit des Industriedenkmals und seine Bedeutung für das gesamte Ensemble an der Kauffmannmühle hervor.

Nicht verkehrssicher

Der Zustand der Mühle sei wohl eher "eine Schande für den Jungbusch": Michael Dietrich, technischer Leiter bei der HGM, hält das Gebäude für "nicht im geringsten verkehrssicher und sehr gefährlich". Es müsste seiner Meinung nach gesperrt werden. Die Sanierung der maroden Teufelsbrücke (ohne Technikteil) würde die HGM 1,1 Millionen Euro kosten. Dietrich bedauerte: "Es hat uns überrascht, wie emotional das gehandhabt wird". Dabei habe die Stadt selber 2004 den Kauf der Brücke abgelehnt, verfolge die Planungen für den Hafenausbau nun seit zwei Jahren. Die Entwicklung am Kanal, so Dietrich, werde von der HGM auch nicht boykottiert: Promenade, Musikpark und Pop-Akademie stünden auf Hafengrundstücken. Die geplante Westtangente zum Mannheimer Norden sei zudem "nicht die Lösung für die Verkehrsprobleme im Hafen: 75 Prozent der LKW kämen aus anderen Richtungen. Im Übrigen würde die Trasse eh frühestens ab 2015 gebaut.

Im Quartier möchte man dagegen die Planungen für die Westtangente forcieren: Stadt und Hafen müssten hier zusammenkommen, so Michael Scheuermann. Der Quartiermanager formulierte vier Szenarien, die für die Bürger wichtig seien: Neben dem Bau der Verkehrsstrasse, den Erhalt der Teufelsbrücke (ertüchtigt für Schifffahrt und Fußgänger) sowie Alternativplanungen für die Zufahrt an der Mühlauhübrücke. In jeden Fall müsse die Verbindung zwischen linkem und rechtem Ufer am Kanal erhalten bleiben.

Mannheimer Morgen

13. März 2009

Adresse der Seite: http://www.morgenweb.de/region/mannheim/stadtteile/mitte/20090313_srv0000003917498.html